

Gefahren für die Rente

Katja Kippings Angriff auf die gesetzliche Sozialversicherung

von | Klaus Ernst und Michael Schlecht



Karikatur: Sozialismus-Archiv

Die große Koalition will die Rentenerhöhung verdoppeln. Auf 1%! Dann würden bei einer Preissteigerung von mindestens 2% die Renten »nur noch« um 1% real sinken. So ungenügend die Korrektur auch ist, die Regierung bewegt sich. Man sieht: DIE LINKE wirkt. Dies ist auch dringend notwendig, denn es droht ein massiver Anstieg der Altersarmut in Deutschland. Seit 2000 sind die Renten unter Berücksichtigung der Preissteigerungen bereits real um 9% gesunken. Die größten Gefahren liegen in der Zukunft. Allen Beschäftigte, die in den nächsten 20 Jahren weniger als dreiviertel eines Durchschnittsverdienstes erhalten – nach heutigem Geldwert knapp 1.900 Euro im Monat – droht 2030 eine Rente, die nur der Grundsicherung entspricht. Das sind heute rund 650 Euro – Sozialhilfe für das Alter.

Rot-Grüne Rentenpolitik: Angriff auf die Lebensstandardsicherung

Schröder und Riester haben mit einem zentralen Grundsatz gebrochen: Der Lebensstandardsicherung im Alter. Bei allen rentenpolitischen Verschlechte-

rungen bereits unter Kanzler Schmidt, dann unter Kohl, blieb dieser wichtige Grundsatz immer unangetastet.

Das Prinzip der Lebensstandardsicherung ist in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in doppelter Weise angelegt. Die jeweilige Rentenbevölke-

rung wird durch Zahlungen der aktiv Beschäftigten versorgt. Damit sind die RentnerInnen immer abhängig vom jeweiligen Stand der Produktivkraftentwicklung und der damit sich ergebenden gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Hinzu kommt, in welchem Umfang die Beschäftigten in der Lage sind, sich einen Anteil zu sichern. Aus dem Einkommen der Beschäftigten leitet sich mittels Beitragszahlungen der jeweils zur Verfügung stehende Rentenfonds ab. Insofern wird bei der Lebensstandardsicherung immer auch ein Bezug zum Lebensstandard der aktiv Beschäftigten hergestellt. Wer mit 65 in Rente geht, kann sich am 85. Geburtstag möglicherweise über eine Verdopplung oder vielleicht auch Verdreifachung der Rente freuen. Voraussetzung ist, dass in den abgelaufenen 20 Jahren die Einkommen der Beschäftigten entsprechend gestiegen sind, ihr Lebensstandard sich erheblich verbessert hat.

Die Aufteilung des jeweils zur Verfügung stehenden Rentenfonds geschieht nach Maßgabe der Beitragszahlung, die der betreffende Rentner oder die Rentnerin im Berufsleben geleistet hat. Entscheidend sind dabei die Anzahl der monatlichen Beitragszahlungen und deren Höhe in Bezug zum jeweiligen Durchschnittsverdienst. Der Lebensstandard in der aktiven Lebenszeit hängt entscheidend vom erzielten Einkommen ab. Da dies als wichtiger Bezugspunkt für die Aufteilung des Rentenfonds herangezogen wird, orientiert sich die Rente am ehemaligen Lebensstandard. Ziel ist es, diesen auch in der Rentenzeit zu halten. Die technische Maßgröße, die dies umschreibt, ist das so genannte 70prozentige Nettorentenniveau. Man mag darüber streiten, ob dies ausreicht, aber zumindest wird damit dem grundsätzlichen Ziel der Sicherung des Lebensstandards gefolgt.

Man sieht: Die Sicherung des Lebensstandards in der Rente ist ein Konzept für alle. Vor allem wegen der Anbindung des Lebensstandards an den der gegenwärtigen aktiven Bevölkerung. Wer meint, dass dies nur »für Menschen mit gutem Einkommen ... eine feine Sa-

Klaus Ernst ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, *Michael Schlecht* ist Mitglied im Parteivorstand und Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE.

che« ist, hingegen »für Menschen mit niedrigem oder gar keinem Einkommen ... jedoch vor allem ... die Zementierung von Armut und Elend«¹ bedeutet, hat die Strukturzusammenhänge der solidarischen und gesetzlichen Rente nicht verstanden.

»Reformen« mit der Axt

Unter Rot-Grün galt als oberstes Prinzip, dass Unternehmer und ihre Profite geschützt werden müssten. Danach wurde auch die Rentenpolitik ausgerichtet. Zunächst aber wurden die Weichen so gestellt, dass die Gewerkschaften immer schlechter hinreichende Lohnabschlüsse durchsetzen konnten. Der atemberaubende Absturz der Lohnquote in den rot-grünen Jahren belegt dies. Dann sollten Unternehmer vor steigenden Beitragszahlungen in den Rentenfonds geschützt werden. Sie sollten nie mehr als 11% – den Arbeitgeberanteil – bezahlen müssen. Deshalb führte Kanzler Schröder einen Höchstbeitragsatz von 22% ein.

Die GRV stand ohnehin massiv unter Druck. Arbeitslosigkeit und Prekariisierung schmälerten die Einnahmehasis. Jetzt kamen durch Rot-Grün organisiertes Lohndumping und die Einführung des Höchstbeitragsatzes hinzu. Wenn die Einnahmen begrenzt werden, dann wird die Rentenhöhe gekürzt. Und dann wird der Grundsatz der Lebensstandardsicherung immer mehr beschädigt, ab einem bestimmten Punkt ausgehebelt.

Die Beschäftigten wurden angehalten, sich zum Ausgleich mittels Riester-Rente privat abzusichern. Wer auch die durch Ministerin Schmidt verursachten Verschlechterungen ausgleichen will, muss einen weiteren Teil des sauer verdienten Geldes in private Altersvorsorge investieren. Da hilft es wenig, dass der Staat Zuschüsse zahlt, die ungefähr in Höhe von ein Prozent die Leistungen aufbessern.

So wächst die Belastung für Beschäftigte auf 17% des Monatseinkommens, wenn ein Rentenniveau aus der Vor-Riester-Zeit erreicht werden soll! Dies müssen die Beschäftigten jedoch alleine tragen. So wurde die Parität in der Finanzierung der Altersvorsorge aufge-

brochen. Selbst Bismarck drehte sich im Grab um, möglicherweise sogar Adenauer – wegen einer sozialdemokratisch geführten Regierung.

Rentenpolitik der LINKEN: Gute Arbeit – Gute Rente

Die Rentenpolitik der LINKEN will Altersarmut verhindern und die Lebensstandardsicherung erhalten. Im Kern geht es um sechs Punkte:

1. Reparatur der Rentenformel: DIE LINKE will die Rentenformel wieder reparieren. Insbesondere sollen alle Kürzungsfaktoren unter Riester und Schmidt wieder rückgängig gemacht werden. Für 2030 wird dann voraussichtlich ein Beitrag von 28% erforderlich sein. Dies erscheint auf den ersten Blick viel. Bei paritätischer Finanzierung sparen die Beschäftigten jedoch! Sie müssen 14% und weitere 14% die Unternehmer zahlen. Die Beschäftigten zahlen also drei Prozent-Punkte weniger, die Unternehmer drei Prozent-Punkte mehr. Selbst bei sehr niedrigen Steigerungsraten der Produktivität können die Unternehmer die höhere Beitragsbelastung zahlen.

2. Erwerbstätigenversicherung: DIE LINKE will die Erwerbstätigenversicherung, in die alle, auch die Selbständigen einzahlen.

3. Keine Rente mit 67: Die Gewerkschaften wollen die Bundestagswahl 2009 zur Volksabstimmung über die Rente mit 67 machen. DIE LINKE begrüßt dies. Wir wollen keine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Und wir wollen bei vorzeitigem gesundheitlichem Verschleiß den abschlagsfreien Rentenbeginn mit 60.

4. Schluss mit Lohndumping – Gute Arbeit: Es muss Schluss mit dem Lohndumping sein. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro, der zügig auf 10 Euro gesteigert wird. Die Rahmenbedingungen für die Tarifpolitik müssen verbessert werden, damit in Zukunft mindestens der verteilungsneutrale Spielraum ausgeschöpft werden kann. Mit höheren Löhnen steigen auch die Beitragseinnahmen und die Renten. Häufige Arbeitslosigkeit, unsichere Jobs, Minijobs und Leiharbeit beeinträchtigen

für viele die Aussichten für eine gute Rente. Auch deshalb will DIE LINKE die Zurückdrängung und Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse und die Sicherung guter Löhne und Gehälter. Gerade auch, damit später die Rente stimmt. Für alle!

Gute Arbeit meint mehr. Die Arbeitsbedingungen und der Grad des lebenslangen Verschleißes entscheiden darüber, wie unsere Lebensbedingungen im Alter aussehen und ob der Lebensabend überhaupt erreicht wird. Nicht umsonst haben die Gewerkschaften in den 1980er Jahren auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit gesetzt. Die 35-Stunden-Woche war und ist ein Beitrag zur Entlastung, ein Beitrag damit wir im Alter noch fit sind.

5. Solidarausgleich in der Rente und Grundsicherung: Vor dem Hintergrund unseres Konzeptes Gute Arbeit – Gute Rente wird der Personenkreis klein bleiben, der die Grundsicherung in Anspruch nehmen muss. Noch kleiner wird der Kreis, wenn unser Konzept für einen verbesserten Solidarausgleich in der Gesetzlichen Rente greift. Wir wollen Beitragszeiten mit niedrigen Löhnen aufwerten. Damit sinkt für Bezieher niedriger Einkommen das Risiko, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein. Die Grundsicherung selbst muss verbessert werden. Sie muss materiell besser ausgestattet sein, und die Bezugsbedingungen müssen menschenwürdig gestaltet werden.

6. Angleichung Ostrenten: Und schließlich werden wir auch im Osten des Landes durch eine schnelle Angleichung des Rentenwerts Ost und eine Abschaffung der Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung Altersarmut zurückdrängen.

Systemfrage von Rechts – Grundrente

Es droht nicht nur Altersarmut. Wenn in absehbarer Zeit keine Umkehr der gegenwärtigen Rentenpolitik möglich sein sollte, ist das System der Gesetzlichen und Solidarischen Rente insgesamt bedroht.

Viele Menschen zweifeln ohnehin schon an der Rente. Die Riester-»Re-

form« schafft Misstrauen und nicht Vertrauen. Die mediale Offensive läuft seit Jahren – »Bild« voran. Es droht eine Legitimationskrise. Millionen Beschäftigte, die weniger als 2.000 Euro im Monat verdienen, werden sich fragen, weshalb sie noch Beiträge zur Rentenversicherung zahlen, wenn sie am Ende doch nur die Grundsicherung erhalten.

Die neoliberalen Strategen – seit den 1980er Jahren gehören hierzu unter anderem Meinhard Miegel und Kurt Biedenkopf – haben genau diese Legitimationskrise auf ihrer Agenda. Die »Reformen« der letzten sieben Jahre waren für sie nur der erste Akt: »Mit dem Rentenreformgesetz 2001 wurde eine Entwicklung eingeleitet, die das bestehende Rentengebäude eines Tages zum Einsturz bringen dürfte.«² Im Januar 2008 tobte eine durch das Magazin MONITOR angestoßene Debatte um die Anrechnung von Riesterrenten auf die Grundsicherung im Alter. Eine noch radikalere Forderung vertrat Bert Rürup, einer der Berater, die jahrelang jene Rentenkürzungen empfahlen, deren Folgen jetzt eintreten. Rürup wärmte die Forderung nach einer steuerfinanzierten Grundrente knapp über Sozialhilfeniveau wieder auf, auf die Einkünfte aus privater Vorsorge nicht angerechnet werden.

Damit wird die Systemfrage von Rechts gestellt. Damit wäre ein kollektives System beendet, das immer darauf abzielte, den ehemaligen Beschäftigten einen Lebensabend zu sichern, der an den Lebensstandard anschließt, der während der Arbeitsphase aufgebaut wurde.

Lebensstandardsicherung gibt es dann nur noch durch private Absicherung. Und das ist genau das Ziel der neoliberalen Strategen. Grundrente ist keine Wohltat für die Menschen. Grundrente ist der Hebel zur neoliberalen Privatisierung der Altersvorsorge! Deshalb ist es auch kein Wunder, dass all die Professoren- und Beraterbataillone von Banken und Versicherungen gesponsert werden. Denn um ihr Geschäft geht es. Die Milliarden aus der Riesterrente sind nur der Appetitanreger.

Bei der Auseinandersetzung um die Zukunft der Rente geht es auch darum, ob dem Kapital die Landnahme im Bereich der Altersvorsorge gelingt. Private



Karikatur: Economist

Altersvorsorge gibt es bisher vor allem in den angelsächsischen Ländern ohne ausgebaute Sozialversicherungen. Riesige Vermögen werden so angesammelt. Sie fließen in so genannten Pensionsfonds zusammen, die nach Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen suchen.

Die Finanzmärkte werden aufgebläht, wenn die Menschen durch eine verfehlte Rentenpolitik immer mehr in die private Alterssicherung gedrängt werden. Sie müssen sparen, ihr Geld in Fonds anlegen oder Versicherungen abschließen. Allein ein Viertel des weltweit angelegten Vermögens steckte 2005 in Pensionsfonds – über 20 Billionen Dollar. Ob es tatsächlich zu den erwarteten Rentenauszahlungen kommen wird, bleibt ungewiss. So ungewiss wie die Entwicklung auf den Finanzmärkten. Gewiss ist aber, dass die Pensionsfonds ihre Gelder anlegen müssen. Vielleicht genau in den Hedge-Fonds oder Private-Equity-Fonds, die den Arbeitsplatz der künftigen Pensionäre zwecks Gewinnsteigerung vernichten.

Neoliberale Politik von Links?

Die stellvertretende Vorsitzende der LINKEN – Katja Kipping – hält das Rentenkonzept ihrer Partei nicht für ausreichend. Notwendig sei eine Garantierente von rund 800 Euro im Monat, die bedingungslos an jeden alten Menschen gezahlt wird.

Zunächst sei angemerkt, dass Kipping seit Jahren versucht, das Konzept des Bedingungslosen Grundeinkommens in der Linken mehrheitsfähig zu machen. Weil damit die Zerstörung unseres Sozialstaates einhergehen würde, hat die Bundestagsfraktion dieses Konzept im Sommer 2006 mit überwältigender

Mehrheit abgelehnt. Im März 2007 wurden auf den Dortmunder Parteitag entsprechende Vorstöße aus Linkspartei, PDS und WASG zurückgewiesen. Auch in den programmatischen Eckpunkten der Partei taucht das Bedingungslose Grundeinkommen nicht als Forderung der Linken auf. Jetzt bietet Kipping ihr Konzept für die Rentner an.

Als eine der Ursachen für drohende Altersarmut benennt Kipping den »Wandel der Arbeitswelt«. Darunter fasst sie die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses durch Mini- und prekäre Jobs und neue Formen der Selbständigkeit sowie die Zurückdrängung von Landwirtschaft und Industrie. Ein Teil dieser Veränderungen sei durch die Arbeitsmarktpolitik bedingt. Dem – da stimmt Kipping der allgemeinen Parteilinie zu – müsse politisch begegnet werden.

Es gäbe aber Arbeitsverhältnisse, die sind »schon von ihrem Wesen her nur bedingt vereinbar mit der klassischen Festanstellung. Es liegt also nicht nur an der Politik, wenn zunehmend mehr Menschen ihre Arbeit jenseits der klassischen Festanstellung suchen.«³ Dies träge zu für die immer bedeutsamere »immaterielle« oder »wissensbasierte« Arbeit. Der Wandel der Arbeitswelt hin zur immateriellen Arbeit ist nicht mehr aufzuhalten. Damit würde der Kreis der Menschen, die keine Festanstellung haben, immer größer. Folglich können sie keine hinreichenden Rentenansprüche aufbauen. Mit der Grundrente könnte ihnen geholfen werden.

Dass wissensbasierte Jobs sich häufig nicht für Festanstellungen eignen, begründet Kipping damit, dass die für die Lohnarbeit typische Trennung von Arbeit und Freizeit für immaterielle Arbeit nicht haltbar sei. Während man materielle Arbeitsleistung zeitlich noch mit der Stechuhr messen könne, sei dies bei wissensbasierter Arbeit unmöglich. Daraus folge, dass »der Wert der Ware Arbeitskraft ... nicht mehr exakt ermittelbar (ist). Damit bricht die auf Tauschwert

¹ Kipping, Katja: Von Schweden lernen. Diskussionspapier zu den rentenpolitischen Alternativen der LINKEN (Februar 2008).

² Meinhard Miegel: Die deformierte Gesellschaft, 2002, S. 270.

³ Kipping, Altersarmut vorprogrammiert, in: Sozialismus 3/2008, S. 22.

beruhende Ökonomie zusammen.«⁴

- Kipping ist also der Auffassung, dass der Wert der Ware Arbeitskraft sich aus der verausgabten Arbeitszeit ableite. Damit sitzt sie einer Basismystifikation der bürgerlichen Gesellschaft auf. »Auf der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft erscheint der Lohn ... als ein bestimmtes Quantum Geld, das für ein bestimmtes Quantum Arbeit gezahlt wird.«⁵ Dies ist aber nur der Schein. »Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch die zur Produktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.«⁶ Damit ist festzuhalten: Hier bricht nichts zusammen.
- Dass wissensbasierte, immaterielle Arbeit generell nicht in der Form der Festanstellung erfolgen könne, ist Unfug. Es sei nur verwiesen auf Beispiele wie Lehrer oder den Software-Entwickler bei SAP. Alles Festangestellte mit Beitragszahlungen in die Rentenkasse, häufig oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze. Dass manch ein Beschäftigter lieber als free-lancer arbeitet, hat nichts mit der stofflichen Seite der Arbeit zu tun. Aber selbst für den free-lancer ist im Konzept der Linken vorgesorgt. Wir wollen die Erwerbstätigenversicherung, in die alle, nicht nur die abhängig Beschäftigten einzahlen.
- Fakt ist auch, dass die Arbeitszeit des »Wissensarbeiters« messbar ist, daher auch die von ihm geleistete unbezahlte Mehrarbeit (der Mehrwert). Viele KollegInnen – sei es aus der materiellen oder der immateriellen Produktion – sagen: »Früher war ich nach der Arbeit müde, heute bin ich kaputt«. Wer behauptet, die Arbeitszeit der immateriellen Arbeit sei nicht messbar, leugnet die Ausbeutung von Pflegekräften und Ingenieuren.
- Geistige Arbeit, »Kopfarbeit«, Anwendung wissenschaftlichen Wissens findet unter entwickelten kapitalistischen Verhältnissen ihre stärkste Ausdehnung in der materiellen Produktion selbst – abzulesen u.a. am gewaltigen Anstieg der Qualifikationsanforderungen im Arbeitsprozess. Außerdem wäre es ein Trugschluss, die immaterielle Produktion vom Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Arbeit loszulösen. Wissen-

schaft und geistige Arbeit wachsen aus der materiellen Produktion hervor und wirken auf sie zurück. Nur wer materielle und immaterielle Produktion willkürlich trennt, kann auf den Gedanken kommen, dass Emanzipation auf die immaterielle Produktion beschränkt sei.

- Kippings Vorstellung von immaterieller Arbeit ist eingebettet in ein bestimmtes Verständnis vom Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Der emanzipative Gehalt einer Gesellschaft misst sich für Kipping letztlich nicht am Umfang der immateriellen Arbeit, sondern viel grundsätzlicher am Grad der Zurückdrängung der Arbeit überhaupt. Letztlich könne Emanzipation nur in der Freizeit stattfinden.⁷ Dagegen steht die Auffassung von Arbeit als Naturnotwendigkeit aller Gesellschaftsformen. Es ist eine geradezu abenteuerliche Vorstellung, die menschliche Gesellschaft könne sich von Arbeit im Sinne materieller Produktion befreien. Zum einen erweitert sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte, Bedürfnisse und Lebensansprüche sogar dieses Reich der naturnotwendigen Arbeit. Zum anderen haben erst in dem Maße, wie Arbeit auf alle gleichmäßig verteilt wird, alle den gleichen Anspruch auf Freizeit. Soziale Emanzipation ist eben nicht identisch mit Emanzipation von Arbeit, sondern mit der gerechten Verteilung von Arbeit und Freizeit in der Gesellschaft. Wer Arbeit im Kapitalismus grundsätzlich als nur repressiv versteht, übersieht die zivilisatorischen Potenziale, die – auf Druck der Belegschaften – die Entwicklung von Kooperation und Gemeinschaftlichkeit, von Konflikt-, Problemlösungs- und Sprachfähigkeit und der Aneignung von Wissen, kurzum der sozialen Teilhabe auch im Kapitalverhältnis möglich machen. Teilhabe stärkt das Gefühl der Sinnhaftigkeit der eigenen Existenz und fördert den Sinn für die soziale Pflicht des Individuums. Kipping gibt den Kampf der Belegschaften und Gewerkschaften für gute Arbeit preis.
- Kipping interessiert sich nicht für Fragen der rationellen Organisation der Produktion, die Zurückdrän-

gung der kapitalistischen Form der Akkumulation und für die ihr immanente Produktion leistungsloser Einkommen der besitzenden Schichten. Sie ersehnt sich die Überwindung des Kapitalismus über Bedingungsloses Grundeinkommen und Grundrente, d.h. auf der reinen Verteilungsebene.

Garantierente – Todesstoß für die gesetzliche Rente

Kipping will als ersten Schritt zur Einführung einer Garantierente »alle bestehenden Steuerfinanzierungen innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung und die der Grundsicherung im Alter ... unbürokratisch ... zu einem Grundsockel in der Rente für jeden und jede« zusammenfassen. Ansprüche aus der gesetzlichen Rente will Kipping voll oder teilweise auf diese »Grundrente« anrechnen. Betriebliche oder private Vorsorge soll dagegen anrechnungsfrei sein.⁸

Für Katja Kippings Garantierente fällt der Realitätscheck unter den Bedingungen des bundesdeutschen Sozialstaats verheerend aus. Schon die Forderung, alle steuerfinanzierten Zuschüsse zur Rente für die Finanzierung des Projekts einzuschmelzen, würde das System ins Wanken bringen.⁹ Die Folge wäre Sozialhilfe bzw. Garantierente im Alter für (fast) alle. Kippings Vorschlag wäre das endgültige Aus für die gesetzliche Rente. Warum sollen Versicherte in ein System einzahlen, wenn es nur unter völlig unrealistischen Annahmen Leistungsansprüche über dem Niveau der Garantierente verspricht?

Stellen wir uns die weiteren Folgen der Garantierente vor. Mit 800 Euro ist eine Lebensstandardsicherung für die meisten Menschen nicht möglich. Zusätzliche Alterseinkünfte sind nötig. Wenn nun tatsächlich Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rente auf die Garantierente voll oder teilweise angerechnet werden, während Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge anrechnungsfrei bleiben, dann entsteht ein gewaltiger Sog aus der solidarisch finanzierten gesetzlichen Rente in profitorientierte private Altersvorsorgesysteme. Es gibt für die Versicherten dann eigentlich kaum einen Grund mehr, Bei-

träge in die GRV zu zahlen. Die Wahrscheinlichkeit, Ansprüche über dem Garantierentenniveau zu erwerben, ist absurd niedrig. Umso größer wäre dafür der Anreiz, Geld in private Riester- oder Betriebsrenten zu stecken.

Die Garantierente wäre ein gigantisches Subventionsprogramm für die private Versicherungswirtschaft. Der Preis für ihre Einführung wäre der endgültige Abschied vom Prinzip der Lebensstandardsicherung für die Mehrheit der heutigen BeitragszahlerInnen. Wer so etwas ernsthaft fordert, muss sich fragen lassen, wessen Interessen er oder sie vertritt. Wenn auch noch auf der LINKEN Vorschläge salonfähig werden, die letztlich nur den privaten Versicherungen die Kunden in die Arme treiben, dann heißt es bald: Gute Nacht für die Gesetzliche Rente.

Die Garantierente ist ein Grundeinkommen im Alter. Ihre Einführung hieße nichts anderes, als dass für einen Teil der Bevölkerung ohne jede Prüfung des Bedarfs eine steuerfinanzierte Sozialleistung in Höhe des Existenzminimums gezahlt wird. Nach dem Gleichheitsgrundsatz müsste sich dann aber die gesamte Bevölkerung die Frage stellen, warum auf steuerfinanzierte Transfers zur Absicherung des Existenzminimums überhaupt andere Einkommen angerechnet werden. Die Garantierente ist also ein Grundeinkommen für alle durch die Hintertür. Wer so etwas will, muss es offen sagen. Wir wollen es nicht, weil wir gute Alternativen haben: Gute Arbeit zu fairen Bedingungen und gute, solidarisch finanzierte Renten, die im Alter den erreichten Lebensstandard sichern.

»Garantierente«

Mit der Planierraupe über die gesetzliche Rentenversicherung

von | Johannes Steffen



Foto: dpa

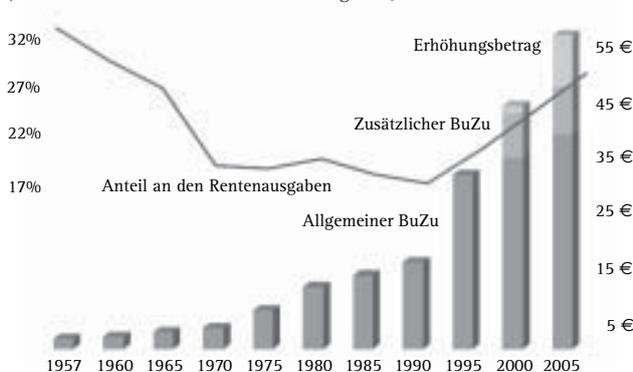
In der Debatte um ein künftig absehbar wieder steigendes Armutsrisiko im Alter als Folge der rot-grünen Senkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) und der zunehmenden Bedeutung prekärer, schlecht oder gar nicht sozial abgesicherter Beschäftigungsformen werden Stimmen nach Einführung einer so genannten Garantierente laut.

So tauchte in der Partei DIE LINKE jüngst der Vorschlag auf, allen Menschen im Alter einen monatlichen »An-

spruch auf eine armutsfeste Grundrente in Höhe von mindestens 800 Euro« zu geben (Katja Kipping in: Sozialismus 3/2008, S. 23). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung sowie aus privater Vorsorge würden diese »Garantierente« nicht schmälern, während Zahlungen der gesetzlichen Rentenversicherung voll oder zu Teilen gegen die Grundrente aufgerechnet werden sollen. Zur Finanzierung werden »alle bestehenden Steuerfinanzierungen innerhalb der GRV und der Grundsicherung im Alter« zu einem Grund-

sockel in der Rente zusammengefasst. »Weitere Steuern könnten bei Bedarf zur Finanzierung der Grundrente herangezogen werden.« Ziel des Vorschlags sei »nicht, die gesetzliche Rentenversicherung abzuschaf-

Bundeszuschüsse zur allgemeinen RV* 1957-2005 (in Mrd. Euro bzw. in % der Rentenausgaben)



* bis 1991 alte Länder, ab 1992 Deutschland; Quelle: DRV Bund; © Arbeitnehmerkammer Bremen

⁴ Ebenda.

⁵ Marx, Das Kapital, Band 1, MEW 23, S. 557.

⁶ Ebenda, S. 184

⁷ »Dabei ist free activity, not labour die Marx-sche Vision.« (K. Kipping/R. Blaschke, »Und es geht doch um ...« – das Gespenst des Grundeinkommens, in: Sozialismus, 10/2005). Voraussetzung dazu sei das Grundeinkommen, das »die immense Ausweitung der Autonomie der Menschen, der free time und der free activity, der sich darin frei entwickelnden Fähigkeiten« befördere. Nicht zufällig polemisiert Kipping gelegentlich gegen die »Herren der Arbeitsgesellschaft«, die »Arbeitskultur-Ideologie« und die »problematische Traditionslinie arbeitszentrierter linker Politik« (Disput, April 2006).

⁸ Vgl. K. Kipping, Altersarmut vorprogrammiert in: Sozialismus 3/2008, Seite 23.

⁹ Siehe den Beitrag von Johannes Steffen in diesem Heft.

Johannes Steffen ist Referent bei der Arbeitnehmerkammer Bremen.